

Eingang:

Frankfurt, den 8. Dezember 2007

Etat-Antrag der SPD-Fraktion im Römer

Ergebnishaushalt 2008

Produktbereich:

Produktgruppe:

Ausbildungsplätze für Frankfurter Jugendliche

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert,

- bei der Frankfurter Wirtschaftsförderung einen Fond für kleine Unternehmen und Unternehmensverbände einzurichten, um pro Jahr 500 zusätzliche Ausbildungsplätze zu schaffen
- Mit dem Geld sollen alle Ausbildungsbetriebe mit einem Betrag von 500,- Euro pro Monat bezuschusst werden, die einen Ausbildungsvertrag mit einem Jugendlichen schließen, der auf dem Ausbildungsmarkt nicht vermittelt werden konnte.

Für dieses Förderprogramm sind jährlich Mittel in Höhe von 3.000.000,- Euro erforderlich. Damit können 500 Ausbildungsplätze jeweils im ersten Ausbildungsjahr gefördert werden.

Begründung:

Der Ausbildungspakt der Hessischen Landesregierung ist gescheitert. Immer noch finden jedes Jahr zwischen 400 und 600 Frankfurter Jugendliche keinen Ausbildungsplatz. Dabei handelt es sich meist um Real- oder Hauptschüler ohne Spitzenzeugnis. Die Zahl der Ausbildungspendler nimmt jedes Jahr zu. Ziel der Frankfurter Bildungspolitik muss es sein, jedem Frankfurter Jugendlichen einen Ausbildungsplatz sichern zu können, um Jugendarbeitslosigkeit einzudämmen und langfristig den sozialen Frieden zu erhalten.

Viele kleinere Unternehmen im Handwerk oder der Dienstleistungsbranche scheuen sich, einen Ausbildungsvertrag zu schließen, weil sie die Ausbildungsvergütung nicht zahlen und/oder keinen Ausbilder für die Betreuung bereitstellen können. Wenn ein Teil der zusätzlich entstehenden Kosten über eine Förderung erstattet wird, so wären auch viele kleinere Betriebe in der Lage, Ausbildungsplätze anzubieten.

Mit einem Förderprogramm für mehr Ausbildung kann nicht nur jedem Frankfurter Jugendlichen ein Ausbildungsplatz angeboten werden, es würden auch diejenigen Betriebe davon profitieren, die besondere Anstrengungen unternehmen, um zusätzliche Ausbildungsplätze zu schaffen. Nicht zuletzt könnte die Stadt Frankfurt mit gutem Beispiel voran gehen und sich mit einer solchen Initiative einen Standortvorteil sichern - denn ein Kriterium rangiert immer oben auf der Liste der besten Standorte: die Verfügbarkeit von gut ausgebildetem Personal!

SPD-Fraktion im Römer

Klaus Oesterling
Fraktionsvorsitzender

Antragsteller/innen:

Sylvia Weber
AG Bildung + AG Wirtschaft